

Leseprobe aus:

Christiane Florin

Warum unsere Studenten so angepasst sind



Mehr Informationen zum Buch finden Sie auf rowohlt.de.

Christiane Florin

WARUM UNSERE
STUDENTEN SO
ANGEPASST SIND

Rowohlt Taschenbuch Verlag

Originalausgabe

Veröffentlicht im Rowohlt Taschenbuch Verlag,

Reinbek bei Hamburg, September 2014

Copyright © 2014 by Rowohlt Verlag GmbH,

Reinbek bei Hamburg

Umschlaggestaltung ZERO Werbeagentur, München

Umschlagabbildung plainpicture/Image Source

Satz aus der DTL Dorian, PageOne,

bei Dörlemann Satz, Lemförde

Druck und Bindung CPI books GmbH, Leck

Printed in Germany

ISBN 978 3 499 61741 6



Das für dieses Buch verwendete FSC®-zertifizierte Papier
Holmen Book Cream liefert Holmen, Schweden.

Vorwort: Showtime 7

So läuft's:

Erst das Trinken, dann die Moral 12

Stilles Wasser, lautes Schweigen 12

«Im Ansatz schon ganz gut»: Das vergiftete Lob 24

Noch einmal mit Gefühl: Das Ich an der Macht 31

Gut drauf, gut leben 36

Warum es so läuft:

Das Leben ist hart, das Wasserbett weich 40

Kevin allein im Optionalmodul: Die verlorenen Siegertypen 40

Gestatten, Alma Mater: Animateurin und Mutter 47

Da hat man was Eigenes 58

Bildung für die Besten: Also für mich 62

Ich denke, also bin ich nichts wert 67

Das Persönliche ist noch mal politisch 71

Schlusswort: Showdown 76

VORWORT: SHOWTIME

Ich komme mir vor wie einer dieser beiden Alten aus der Muppet Show. Waldorf und Statler kommentierten von ihrem Platz hoch oben in der Loge das Treiben der Jüngeren unten auf der Bühne. Sie waren sich sicher: Früher war vieles, ach was: alles, besser. Aber sie lieben die Akteure da unten trotzdem. Und sie wollen, dass die Show ihren guten Namen nicht verspielt.

Nun ist der Schreibtisch meine Loge, aus der Distanz lässt sich leichter davon erzählen, was sich im kleinen und großen Übungsraum der Universität abspielt. Seit dem Sommersemester 2000 bin ich Lehrbeauftragte für Politische Wissenschaft an der Universität Bonn. Noch immer gehören die Sozial- und Staatswissenschaften zu den beliebtesten Fachrichtungen. 314 Studiengänge der Politikwissenschaft zählt die Hochschulrektorenkonferenz in ihrer Statistik 2012/2013 in Deutschland, darunter 113 Bachelor- und 170 Masterangebote.

Ich hatte Seminare mit drei Teilnehmern, aber auch mit sechzig. Bevor Bachelor, Master und Module mit und ohne Option erfunden wurden, beschäftigte ich mich mit vergleichender Regierungslehre, Schwerpunkt Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland. Die Studenten sollten in diesem Proseminar das Land kennenlernen, in dem sie leben. Seit der Bologna-Reform biete ich das Optionalmodul «Berufsfeldanalyse Journalismus» an. Die Studenten sollen darin erfahren, was sie auf dem Arbeits- und Meinungsmarkt erwartet.

Neunzig Minuten dauern die Veranstaltungen. Wie sie ablau-

fen, interessiert außer den Beteiligten normalerweise niemanden. Studiendauer und -finanzierung, bezifferbare Bildungsetats und exakt vermessene Bildungserfolge sind weiträumig diskutierte Themen; Studieninhalte und Lehrmethoden nicht. Da herrscht Grundvertrauen: Die Hochschule wird den jungen Leuten schon etwas vermitteln. Noch immer gilt ein Studium als wirklicher Schutz vor Arbeitslosigkeit.

Von Vorlesungen abgesehen, finden die meisten Lehrveranstaltungen in einem geschützten Bereich statt. Viele Studenten, Dozenten und Professoren dürften froh darüber sein, dass nicht jedes Referat und jeder Lehrbeauftragten-Monolog bei Youtube auftaucht. Es herrscht eine Art Gleichgewicht des Schreckens: Wenn meine Fehler im Raum bleiben, verlassen auch deine nicht den Kreis der Eingeweihten.

In diesem Buch kommen Szenen und Dialoge vor, die nie für die Öffentlichkeit gedacht waren, über die sich aber eine öffentliche Diskussion lohnt. In jeder Sonntagsrede wird Bildung zum wichtigsten deutschen Rohstoff erklärt, zum Ersatz für Erdöl, Gas und Seltene Erden. Aus dem Land der Dichter und Denker soll eine «Bildungsrepublik» werden, aus seinen Bürgern die Humanressource einer Wissensgesellschaft. Doch freitags morgens sieht die Welt anders aus als sonntags. Vor mir sitzen 18- bis 22-Jährige, die nicht den Eindruck machen, als hofften sie, Schätze der Erkenntnis zu heben. Sie sind gewillt, eine festgelegte Rohstoff-Menge in einer festgelegten Zeit zu bewältigen. Sie akzeptieren ihren akademischen Dreijahresplan ohne Fragen und Klagen. Doch Lust am Neuen spürte ich bei ihnen kaum, als sei das Kapitel Entdeckung spätestens mit dem ersten Grundschuljahr abgeschlossen. Dabei haben sie das Fach freiwillig gewählt. Schade, dass sie Bildung als Ballast empfinden, dachte ich nach wenigen Stunden.

Dieser erste Eindruck blieb. Bis heute hat er sich nicht verflüchtigt. Ich habe über die Jahre notiert, was mich überrascht, gefreut und befremdet hat – diese Notizen bilden die Grundlagen des Buches. Dabei erhebt es nicht den Anspruch, das Porträt einer ganzen Studentengeneration zu sein; schon gar nicht versteht es sich als gelehrte Abhandlung über das deutsche Hochschulwesen. Es ist das Protokoll einer Anpassung. Das Protokoll einer Kommunikationsstörung. Und das Protokoll einer Sehnsucht.

Freitags morgens um acht Uhr c. t. fehlt mir die Distanz des Schreibtisches. Dann bin ich Teil der nicht öffentlichen Uni-Show – und damit auch Teil des Problems. Hinter mir sind Leinwand und Tafel, vor mir kämpfen im Durchschnitt fünfzehn Studenten, die laut Liste zweiundzwanzig sein sollten, gegen den Restschlaf. Von den fehlenden sieben trudeln in den ersten zwanzig Minuten noch drei ein, drei werden sich später per Mail höflichst entschuldigen, Nummer 22 bleibt verschollen und meldet sich auch auf Nachfrage nicht mehr.

Über meinem Kopf schwebt der Beamer wie ein Damoklesschwert. Er erinnert mich daran, dass Bildung Bilder braucht und Studenten auch Zuschauer sind.

Wer war noch gleich Damokles? Was hat es mit seinem Schwert auf sich? Wer schon wach ist, würde die Wörter schnell in sein Smartphone eintippen, kurz auf das Display schauen und den Günstling des syrakusischen Herrschers sofort wieder vergessen. Längst tote Tyrannen sind nicht prüfungsrelevant. Despoten der vergangenen fünfzig Jahre schon. Wenn die Powerpoint-Präsentation zum Thema Medienethik gut läuft, schauen die Studenten auf die minutiös festgehaltene Hinrichtungsszene des Saddam Hussein. Wenn es sehr gut läuft, haben sie Fragen zur Zeitungstitelseite mit den letzten Sekunden im Leben des

Diktators. Wenn das Optionale optimal läuft, greifen sie das Thema in ihrem Blog oder im Campus-Radio auf.

Misslingt die Show, bin ich eine promovierte Witzfigur.

Ich werde auf den nächsten Seiten über meine Erlebnisse an der Uni schreiben: über Debattierunlust, Stromlinienförmigkeit, über den permanenten Performancezwang und den Wunsch nach eindeutigen Antworten, bevor überhaupt eine einzige Frage gestellt ist. Feedback ist in diesem System ein Zauberwort. Rückmeldungen und Vorgaben kommen gut an, Diskurse hingegen stehen im Verdacht, irgendetwas aus den 1960ern zu sein.

Ich werde verallgemeinern, wohl wissend, dass es auch unangepasste Studenten gibt, die sich Gedanken abseits der Vorformulierten leisten. Und: Ich porträtiere Leute, die 20, 25 Jahre jünger sind als ich. Wie die Autoren notorischer Jugendstudien, die ich als Jugendliche nervtötend fand. Ich beschreibe, was nicht mehr ist, warum es nicht mehr ist und was stattdessen ist. Man kann diesen Gestus als kulturpessimistisch kritisieren. Man kann den Suchbegriff «Klage über die Jugend» bei Google eingeben und feststellen, dass weder Sokrates' noch Nietzsches Gejammer die Jugend von damals beeindruckt hat. Man kann die Datenbasis meiner Erhebungen anzweifeln und eine empirische Analyse der Grundgesamtheit deutscher Nachwuchsakademiker zwischen 1987 und 2014 anmahnen.

Es gibt 2,5 Millionen Studenten in Deutschland, so viele wie nie. Ich habe im Laufe der Jahre nicht einmal tausend dieser Millionen kennengelernt. Was ich beobachtet habe, gilt weder für alle noch für jeden, aber doch für so viele, dass es sich nicht übersehen lässt. An Universitäten sollten selbständig denkende Menschen heranwachsen dürfen. Mittlerweile sind Hochschulen aber vor allem Standorte, an denen Absolventen produziert werden. Die meisten Studenten geben sich damit zufrieden, jedenfalls

klagen sie Freiräume nicht ein. Sie sind einerseits ein anspruchsvolles Publikum, das mit pädagogischer und vortragstechnischer Raffinesse bei Laune gehalten werden will. Sie sind andererseits anspruchslos, was die Inhalte anbetrifft. Es stört sie nicht, wenn sie um Themen und Thesen gebracht werden. Die Lehrpläne sind ohnehin voll genug. Auch die Vertreter der Lehre – Professoren, Dozenten, Lehrbeauftragte – schweigen lieber. Die nächste Prüfung wartet ja schon.

Auf den Vorwurf, von der eigenen Provinz-Befindlichkeit aufs Allgemeine zu schließen, bin ich vorbereitet. Doch wie für jedes Handout – früher: Thesenpapier – gilt auch für diesen Text: Erst lesen und dann bitte widersprechen.

**SO LÄUFT'S:
ERST DAS TRINKEN, DANN DIE MORAL**

Stilles Wasser, lautes Schweigen

Das Erste, was ich von meinen Studenten im April des Jahres 2000 sah, waren diese großen Wasserflaschen aus Plastik. Während einer Doppelstunde Regierungslehre schafften viele locker einen Liter. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass zu meiner Studienzeit während eines Seminars auch nur einer zur Flasche gegriffen hätte. Geraucht wurde auch nicht mehr. Das hätte wertvolle Redezeit gekostet. Oder, wie man sogar zwanzig Jahre nach 1968 noch sagte: Zeit, um alles kritisch zu hinterfragen. Die Westintegration. Die Nachrüstung. Das Grundgesetz. Den Sozialstaat. Die Wiedervereinigung. Die Währungsunion.

Hochschulpolitisch stritt man damals um das Binnen-I und das allgemeinpolitische Mandat. Linke Gruppen im AStA kämpften für «StudentInnen» in allen offiziellen Schreiben. Sie wollten zu allen Themen etwas sagen dürfen. Irgendwann einigten sich Vertreter des akademischen Hoch-, Mittel- und Tiefbaus auf die bis heute übliche Wendung «Studierende».

Ich nannte die Zweit- und Drittsemester, die sich zu meinem Proseminar angemeldet hatten, trotzdem der Einfachheit halber in allen Mails «Liebe Teilnehmer des Proseminars». Widerspruch gegen diese Pauschalvermännlichung regte sich nie. Die Zeit der Ideologien war Anfang des neuen Jahrtausends vorbei.

Diese Entspannungspolitik macht für die Lehrenden vieles leichter, nicht nur die Anrede. Aber sie macht das Dasein auch

langweiliger. Widerspruch regt sich generell selten. Monologisierende Dozenten schneiden in Umfragen unter den Studenten zwar schlecht ab, dialogisierende aber noch schlechter. Sie gelten als schlampig vorbereitet. Das studentische Publikum erwartet einen Alleinunterhalter, eine Mischung aus Dieter Bohlen und Dieter Nuhr. Klar in den Ansagen wie Bohlen und dabei so nett anpolitisiert wie Nuhr.

Ich fühlte mich in den ersten Stunden als Lehrbeauftragte an mein Studium in Paris erinnert. Am Institut d'Études Politiques und an der Sorbonne saßen die Studenten schon Anfang der 1990er Jahre mit Diktiergeräten in Vorlesungen und Seminaren, immer von der Angst getrieben, einen Halbsatz, eine Betonung oder eine Bewertungsnuance zu verpassen. Vom ersten bis zum letzten Wort sogen sie auf, was Professoren und Dozenten sagten. Wer nach mehrfachem Abhören alles intus hatte, ließ es bei der nächsten Prüfung wortgleich aufs Papier fließen.

Was den französischen Kommilitonen die kleinen Recorder, waren meinem Bonner Publikum offenbar die großen Wasserflaschen: etwas zum Festhalten, etwas Empfohlenes, etwas Richtiges in einer Welt voller potenzieller Fehler. Gegen Wasser kann niemand etwas haben. Die Proseminarteilnehmer tranken über alle autoritären und totalitären Regime, über alle parlamentarischen, semipräsidentiellen und präsidentiellen Systeme hinweg. Große Worte von Max Weber oder Theodor W. Adorno waren nicht beeindruckend genug, um für einen Moment die Flüssigkeitszufuhr zu unterbrechen. Offenbar stillten die Denker den Durst nicht.

Woher der rührte? Vom Diskutieren jedenfalls nicht. Ich hätte fordern können, in Deutschland einen Wächterrat nach iranischem Vorbild einzuführen. Ich hätte behaupten können, Frauen seien auf immer unfähig, Richtlinienkompetenz nach Artikel 65

des Grundgesetzes auszuüben. Ich hätte den deutschen Regierungssitz von Berlin nach Castrop-Rauxel verlegen können: Mein Publikum hätte weitergenuckelt. «Sie unterwerfen sich einem 3-Liter-Wasser-am-Tag-Diktatürchen», war ich versucht zu sagen. Ich schluckte es hinunter. Die Wasserflaschen durften bleiben, bis sie sich nach meiner öffentlichen Kritik von selbst erledigten.

Dabei hatte ich mir eingebildet, ganz gut für den Lehrauftrag gewappnet zu sein. Ich hatte Neuerscheinungen und Politikblogs gewälzt, mit der Videokamera und anderen kritischen Zuschauern das freie Reden geübt, ich hatte die Kollegen aus dem Politikressort bei der Konzeption des Seminarablaufs um Rat gefragt und war durch den Hauptberuf darauf gefasst, dass die Wochenaktualität einen Strich durch manche Planung machen würde.

Doch ich hatte vergessen, mich auf das Wichtigste vorzubereiten: auf die Studenten. Ich glaubte, sie seien so ähnlich wie «wir».

Ich selbst habe 1987 Abitur in Westdeutschland gemacht. Noch gut erinnere ich mich an eine «Stern»-Titelgeschichte aus dieser Zeit, sie drehte sich um die Jugend der späten Achtziger. Unpolitisch sei sie und angepasst, sie feiere wieder Abibälle mit Abendkleid und Krawatten, sie mache Tanzkurse und verstehe sich gut mit ihren Eltern. Sie protestiere nicht mehr gegen den NATO-Doppelbeschluss, sondern träume vom Eigenheim mit Doppelgarage. Es klang vorwurfsvoll.

Wir Gemeinten verdrehten angesichts dieser Rebellionsnostalgie die Augen. Jetzt stimmen selbst die 68er in das Gejammer über die Jugend von heute ein, dachten viele von uns. Mittvierziger mit Hochschulerfahrung erzählten zum 20. Jahrestag der Revolte in Zeitungen und Fernsehen von ihrem Kampf gegen den

Muff unter den Talaren so, wie ihre eigenen Eltern vom Krieg erzählt hatten. Die ganz Alten hatten der Autorität gedient, die tonangebenden Mittelalten der Antiautorität. Sentimental waren alle.

Wir erlebten kurz nach dem Abitur den Fall der Mauer, fuhren nach Berlin oder weinten wenigstens vor dem Fernseher. Deuten wollten wir das Jahrhundertereignis mit Anfang zwanzig noch nicht, da ließen wir Willy Brandt, Günter Grass und Helmut Kohl höflich den Vortritt.

Wer von uns weder eine Banklehre noch eine Stadtinspektorenlaufbahn anstrebte, träumte davon, Irgendwas-mit-Medien zu machen. Auch mal deuten zu dürfen. Man studierte eine Geisteswissenschaft, unter anderem auch deshalb, weil man Helmut Kohl als geistlos empfand. Unsere Professoren witzelten, dass mindestens fünf von vier Politikstudenten in den Journalismus strebten. Dorthin wollte ich auch. Missstände aufdecken, etwas bewegen, berühmt werden wie Günter Wallraff, erst als rasender Reporter, dann als Redakteur mit unbefristetem Vertrag, Betriebsrente und 14. Monatsgehalt.

Wir wollten die Krisenherd-Expertise, aber auch die Einbauküche in einem In-Viertel von Berlin, Hamburg oder München. Wir wollten zweckfrei studieren, belegten deshalb schon im zweiten Semester hochspezielle Seminare zur Grammatik der Stalinnote im Ost-West-Vergleich, zur Rolle der Bundestagsverwaltung oder zur amerikanischen Außenpolitik zwischen 1956 und 1957 unter besonderer Berücksichtigung der Azoren. So etwas wie eine Karriere bezweckten wir trotzdem. Wir diskutierten viel in den Seminaren, einige von uns flochten schon im Proseminar die Formulierung «Das sage ich jetzt mal als Politologe» in jedes Gespräch ein.

Genau besehen, gab es jedoch dieses «Wir» nicht, das ich ge-

rade so beharrlich verwendet habe. Nicht mal im überschaubaren Seminar. Es gab Rechte und Linke, Redselige und Verschwiegene, Sweatshirt-Träger und Erstsemester mit Visitenkarten, Ehrgeizige und Verträumte, Leute mit Nebenjob im Bundestag und Systemverächter. Einige freuten sich über die Wiedervereinigung, manche bedauerten den Sieg des Kapitalismus. Die Blöcke blieben in unserem politikwissenschaftlichen Seminar länger bestehen als in der Weltpolitik: Die Kämpfer vom autonomen Schwulen- und Lesbenreferat hätten sich zu meiner Zeit geweigert, die Stipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung unterzuhaken und umgekehrt. Die Studenten am Seminar für Politische Wissenschaft der Uni Bonn, die nebenbei als Hilfskraft beim Bundestag arbeiteten, unterschieden sich deutlich von den Politologen des Berliner Otto-Suhr-Instituts, die niemals für ein fragwürdiges System namens BRD Akten schleppen wollten.

Politisches Denken war auch nach dem Ende des Kalten Krieges nicht vorstellbar, ohne sich selbst im Rechts-Links-Schema einzuordnen. Die einen hingen den unvollendeten 68er-Revoluten nach, die anderen den unvollendeten 68er-Gegenbewegungen. Die einen lasen die «Frankfurter Rundschau» und die «Süddeutsche», die anderen die «Frankfurter Allgemeine» und die «Welt». Viele studierten Politik, weil sie sich Staatsrecht nicht zutrauten, es aber ihren Eltern nicht zu sagen wagten. Die meisten entschieden sich für das Fach, weil sie etwas von Staaten und Regierungen verstehen wollten, um sie links- oder rechtsdrehend zu verändern. Sie trauten Politik und Staat einiges zu, im Guten wie im Schlechten.

Wer nach einer Wohnung strebte, wie sie Mickey Rourke als Börsenmakler in dem Kinofilm «9½ Wochen» vorführte, entschied sich für BWL oder VWL. Politikwissenschaftler träumten

davon, ihr Bücherregal irgendwann im sanierten Altbau aufzustellen. Es war das Fach für Idealisten mit Bausparvertrag.

Etwas verband uns aber doch: Wir waren mit den Elefantenrunden der Bonner Republik aufgewachsen. Die wenigsten wollten rebellieren, die meisten wollten mitreden können bei den Großen. Politik galt als wichtig. Wer sich da einmischte, wer das sogar studierte, fühlte sich erwachsen, erst recht in der niedlichen Noch-Bundeshauptstadt Bonn.

Als Zeitungsjournalistin hätte ich wissen können, dass sich die Hochschulreifen zwischen dem Ende der Achtziger und dem Jahr 2000 verändert hatten. Lange bevor das Internet zum Massenmedium wurde, zeigten Werbeträgeranalysen, dass die klassische Politikberichterstattung vom Typus «Bundesaußenminister XY ist zu Regierungsgesprächen nach Z aufgebrochen» immer weniger Leser erreichte. Vor allem die Generation Privatfernsehen, also wir, wandte sich ab. Als Gerhard Schröder 1998 Kanzler wurde, beschäftigten sich die visuell Reizbaren lieber mit seinem italienischen Schneider als mit seinen politischen Ideen.

Die Heiligtümer der institutionellen Politik mit der Dreifaltigkeit aus Parteien, Amtsträgern und Programmen verloren schleichend ihren Appeal. Ob sich die Älteren tatsächlich aus tiefstem Herzen für Staatsbesuche, Bundestagsdebatten und Kabinettsitzungen interessierten, war zwar schon damals fraglich; aber immerhin nahmen sie das Institutionelle wenn nicht aus Neigung, so doch aus Pflichtbewusstsein zur Kenntnis. Wer etwas auf seine Bildung hielt, brach auch ein Buch von Thomas Mann nicht einfach ab. Sollte die Lektüre zu mühsam sein, suchte man die Schuld eher bei sich als beim Großdichter. Heute geben auch Menschen mit Abitur und Hochschulabschluss beherzt in Umfragen zu, dass sie die Werke des Literaturkanons beiseitelegen,

wenn ihnen auf Seite neun langweilig wird. Nicht-Lesen ist nicht mehr peinlich, ebenso wenig wie Nicht-Klassikhören.

Was mit «Politik» überschrieben ist, galt bis in die neunziger Jahre hinein als per se wichtig.

Karl Popper, einer der wichtigsten Ideengeber der Politischen Wissenschaft, sagte einmal, jede Hypothese sei so lange haltbar, bis sie falsifiziert sei. Ich merkte: Es gab nicht einmal eine brauchbare Hypothese zu den Zweit- und Drittsemestern, die da im Frühjahr 2000 vor mir saßen. Nirgends stand geschrieben, dass sie sich weniger um die Belüftung des politischen Prozesses als um den Flüssigkeitshaushalt ihres Körpers sorgen würden.

Der Wasserbedarf ist ein oberflächliches Kriterium, das Popper nie akzeptiert hätte. Doch unter der Oberfläche hatte sich etwas Substanzielles verschoben. Kulturpessimistische Dozenten behaupteten, der Wissensdurst und der Wissenspegel seien zurückgegangen. Die Kanzler in die richtige Reihenfolge zu bringen und dabei Ludwig Erhard nicht zu vergessen, den historischen vom dialektischen Materialismus zu unterscheiden, die drei Gewalten zu benennen und über vierte und fünfte nachzudenken – Fehlanzeige. «Finden Sie das nicht wichtig?», frage ich nach der ersten Wissensstandserhebung in die Runde. «Wenn es zu Ihrer Zeit schon Wikipedia und Google gegeben hätte, hätten Sie diese Daten auch nicht auswendig gelernt», ist die Antwort.

Wikipedia und Google sind immer die Antwort. «Aber wenn Sie in einem Funkloch, bei Stromausfall oder leerem Akku über die deutsche Innenpolitik diskutieren wollen, müssen Sie doch ein paar Dinge im Kopf haben. Schon aus Interesse an der Politik», entgegne ich dann. «Adenauer, Brandt, Kohl, konstruktives Misstrauensvotum rauf und runter, das alles interessiert uns nicht, das ist zu lange her», sagen jene beiden, die sich überhaupt bis zu diesem Grad am Gespräch beteiligten. Das klingt so, als

habe sie jemand in die Wüste verbannt. Auch wenn zum Beispiel Bundespräsidentenrücktritte und -Neuwahlen immer wieder Aktualität ins Seminar spülten, änderte das nichts an dem Gefühl der Studenten, von den Wassern des Lebens abgeschnitten zu sein.

Das Bundesbildungsministerium hatte einige Jahre später offenkundig denselben Verdacht und gab bei der Universität Konstanz eine Studie zum politischen Interesse der Studenten in Auftrag. Der Leiter der Studie sagte gegenüber dem Nachrichtenmagazin «Focus»: «Studenten haben den Eindruck, als könnten sie weder ihre berufliche Karriere noch politische Entscheidungen wirklich beeinflussen.» Dies sei eine Einstellung, die man früher eher bei Befragten mit formal niedriger Bildung gefunden habe.

Laut den 2009 veröffentlichten Ergebnissen interessieren sich 37 Prozent der befragten Studenten für Politik, 1983 waren es noch 54 Prozent gewesen. Immer weniger bezeichnen sich als «links» oder «rechts», eine steigende Zahl will sich gar keinem Lager zuordnen. Für Parteien interessieren sie sich nicht, für Bürgerinitiativen – als «neue soziale Bewegung» ein Klassiker der politologischen Forschung – erst recht nicht. Attac ist sexy, wird aber eher als Medienereignis wahrgenommen denn als Ort des eigenen Engagements. Die Masken der Occupy-Bewegung sind vom Smartphone-Display verschwunden, bevor sie überhaupt als faszinierendes Forschungsobjekt entdeckt werden konnten.

Diese Zahlen mögen nur eine Momentaufnahme sein. Es wurden 8350 Studenten von 25 Hochschulen befragt. Die Erhebung basiert auf einem institutionsfixierten und deshalb angreifbaren Politikbegriff. Warum soll als politisch nur das Engagement in Parteien gelten? Warum nicht die Unterstützermail für eine russische Punkband? Warum nur das Engagement mit Mitgliedsaus-

weis, warum nicht der Flashmob, die Online-Petition, der Shit- oder Candystorm?

Das Politikverständnis hat sich verflüssigt, die einstigen Festkörper – Parteien, Ämter, Programme – werden um- und unter-spült von einer Mischung aus Desinteresse und punktuellm Engagement. Verflüchtigt hat sich der Gedanke, dass politisches Bewusstsein zum Erwachsenwerden dazugehört.

Konkret bedeutete dies für den Uni-Alltag: Niemand lobt in einem politikwissenschaftlichen Seminar flammend das Grundgesetz, niemand schimpft auf das «Schweinesystem», niemand schwärmte für Hans Magnus Enzensbergers medienwissenschaftliche Essays oder wenigstens für einen aus Funk und Fernsehen bekannten Parteienforscher. Nur einmal, in einem Seminar über Medientheorien, bekannte sich ein junger Mann dazu, fast alle Schriften des Sprachwissenschaftlers Noam Chomsky gelesen zu haben. Der Student witterte Manipulation und vermachtete Sprache allerorten, er nahm jedes Referat der Kommilitonen und jeden meiner Sätze auseinander.

Das war anstrengend, aber auch anregend. «Du nervst, kannst du nicht mal die Klappe halten?», ließen ihn einige Mitstudenten schnell wissen. Die Mehrheit schwieg. «Intellektueller» wird in dieser Atmosphäre zum Schimpfwort.

Nicht links, nicht rechts – der Verzicht auf die Selbsteinordnung kann die Sinne schärfen. Wer sich nicht sofort positioniert, gibt der Neugier eine Chance. Könnte ihr eine Chance geben, muss es heißen. Das ideologische Feuer von einst wurde mit stillem Wasser gelöscht. Übrig geblieben ist Pragmatismus. Man könnte auch sagen: Überraschungsresistenz.

In der Schröder-Ära wurde es zum Beispiel in der Politikwissenschaft modern, von einer Amerikanisierung des deutschen Regierungssystems zu sprechen. Personalisierung, Inszenierung,

Emotionalisierung – das waren damals die Politologen-Modewörter. Wir verglichen in einem Proseminar den Wahlkampf Gerhard Schröders von 1998 mit dem Konrad Adenauers anno 1957, wir schauten Plakate an und Filme von verschiedenen Parteien. Neugier weckte das vermeintlich Neue nicht. Die Studenten schrieben emotionslos alles über die Emotionalisierung mit. Sie ließen mich spüren: Heute nennen die Doktores der Politischen Wissenschaft das eben so, morgen nennen sie es so, und wir werden das genauso nennen, wenn Sie uns dafür die Höchstpunktzahl geben. Ordern Sie eine Bachelorarbeit zum TV-Duell Schröder-Stoiber, wir liefern es Ihnen pünktlich und auf die Seitenzahl genau.

Über Rücktritte, Skandale und Untersuchungsausschüsse referieren die angehenden Bachelors mit einer Leidenschaft, als ginge es um den 32. Änderungsantrag der Abwasserverordnung für die ländlichen Gebiete Sachsen-Anhalts. Brav lesen sie die Lehrbuch-Kapitel, die ich vor einer Klausur empfehle. Wenn ich die Seiten 21 bis 76 nenne, kann ich sicher sein, dass niemand Seite 20 oder 77 anschauen wird. Wenn ich zur Vorbereitung auf die nächste Sitzung nur die Aufsatztitel nenne, aber nicht die PDFs gleich im Anhang mit sende, liest keiner den Artikel.

«Warum studieren Sie eigentlich Politik, wenn der Politikbegriff nicht über das hinausreicht, was <Spiegel Online> zur Politik erklärt? Wenn es so uninteressant ist, ob das demokratische Experiment in Deutschland geglückt oder misslungen ist? Wenn es so vorhersehbar ist, wie Medien und Politik einander beeinflussen? Wenn es so langweilig ist, was möglicherweise kluge Menschen dazu schon einmal gedacht haben?» Das fragte ich vor einigen Jahren zuerst mich, dann die Studenten. Da stellten sie Flasche und Notebook kurz zur Seite. «War mein Referat nicht gut?», fragten einige. «Bekomme ich keinen Schein?», woll-

ten andere wissen. «Doch, doch, die Referate waren okay», tröstete ich die Besorgten. «Und keine Sorge: Einen Schein bekommen Sie auch.» Okaysein ist das oberste Lernziel, lerne ich aus solchen Dialogen. Okay ist das wahre Exzellente.

Die meisten haben aber auch bei diesem Thema geschwiegen. Das ist ein noch viel größeres Problem als die Okay-Zufriedenheit. Einige melden sich immerhin dann, wenn ihnen die Evaluationsbögen Raum für anonyme Anmerkungen lassen. «Die ganze Laberei hält uns vom Wesentlichen ab», schreiben sie in die dafür vorgesehenen Zeilen. Das Wesentliche, das sind die Seminarleistungen, die Credit Points, das schnelle Ende dieser fragwürdigen Veranstaltung namens Studium. Diskussionsbedarf möge bitte bei Facebook ausgelebt werden, nicht aber im Seminarraum. Da gehöre er nicht hin.

Politikwissenschaft stand schon immer im Verdacht, ein «Laberfach» zu sein. Das machte sie in den Siebzigern und Achtzigern so einladend. Die Fachinstitute reagierten auf diese Kritik, indem sie die Spezies der Parteienforscher hervorbrachten. Sie haben – Naturwissenschaftlern gleich – statt endloser Wortwechsel harte Messergebnisse zu bieten. Man kann sie als Experten in Talkshows und Nachrichtensendungen schicken.

Die Disziplin Statistik hat in den Geistes- und Sozialwissenschaften auch deshalb eine solche Karriere machen können, weil sie der Forderung «Schluss mit der Laberei» entgegenkam. Die Statistikprüfung ist ein Härtestest: Wer richtig rechnet, findet in den Ergebnissen jenen Halt, den Ideen und Diskussionen offenkundig nicht (mehr) geben.

Politische Theorie, Vergleichende Regierungslehre, Internationale Beziehungen – schon die Titel der Basismodule machen klar, dass Politikwissenschaft noch immer von Ideen angetrieben wird. Sie lebt von der Kontroverse, vom Widerstreit der Meinun-

gen, von der Ambivalenz der Ergebnisse. Davon, dass die Ersten rufen: Die Bundesrepublik ist eine Parteiendemokratie. Die Zweiten: Die Bundesrepublik ist eine Mediendemokratie. Die Dritten: Die Bundesrepublik ist überhaupt keine Demokratie mehr, sondern eine Post-Demokratie. Und dass am Ende nicht so klar entschieden werden kann, wer von den Diskutanten recht hat. Jahreszahlen, Namen und Grundgesetz-Artikelnummern sind nur die Voraussetzung dafür, solche Auseinandersetzungen auf einem gewissen Niveau führen zu können. Was zählt, ist nicht das Auswendiglernen von Kanzlerschaften, sondern die Lust am geistigen Spiel, die Originalität der Argumente, die Fähigkeit, Widersprüche aushalten zu können, und der Ehrgeiz, eine eigene Position zu entwickeln. Diskussion ist Urteilskrafttraining. Genau hier sehe ich Defizite. Im Deutschunterricht der Unterstufe üben Schüler, wie man eine Erörterung schreibt. Sie sollen zum Beispiel die Frage hin- und herwenden, ob auf dem Schulhof die Handys eingeschaltet werden dürfen. Dafür müssen sie einige Argumente dafür und einige dagegen sammeln, erst in Tabellenform, dann ausformuliert. Wer an der Uni fragt, ob der Bundespräsident direkt vom Volk gewählt werden soll, hat Mühe, auch nur ein Pro- und ein Contra-Argument aus der Runde zusammenzutragen.

Akademisches Denken bedeutet auch, die Perspektive des anderen einnehmen zu können und an dessen Gegenargumenten zu wachsen. Für viele Studenten sieht die gezielte Suche nach dem Für und Wider allerdings wie ein ineffizienter Umweg aus. Einige Dozenten-Kollegen sind deshalb dazu übergegangen, Seminare eigens als «Debatte» auszuweisen und dort mit den Studenten die Rolle des *Advocatus Diaboli* zu üben. Ein kluger Schachzug, denn sobald die ausdauernde Diskussion eine punktwürdige Veranstaltung ist, wird sie akzeptiert.